

Dokument 46 - Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, den Rat der Europäischen Union und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Forderung nach Aufhebung der Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), sowie nach Ablehnung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA)

Pascal ARIMONT

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Werte Regierungsvertreter,

1. Einleitung: Europäischer Binnenmarkt:

Der europäische Binnenmarkt feierte in diesem Jahr seinen 22. Geburtstag.

Europäischer Binnenmarkt bedeutet vereinfacht ausgedrückt, dass Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen innerhalb der EU frei zirkulieren können.

Wir, insbesondere hier in Ostbelgien, haben diesem Binnenmarkt viel zu verdanken. Er erleichtert die Arbeit über die Grenzen hinweg und ermöglicht es unseren Unternehmen, auch im angrenzenden Nachbarland nötige Absatzmärkte zu finden.

Dieser europäische Binnenmarkt ist nicht über Nacht entstanden.

Der Europäische Binnenmarkt ist das Resultat jahrelanger Absprachen, Anpassungen und Gesetzesinitiativen, die allesamt durch europäische Parlamente diskutiert, bestimmt und verabschiedet wurden.

Dabei ist der Europäische Binnenmarkt auch lange noch nicht perfekt.

Immer noch hakt es an vielen Ecken. Völlig einheitlich ist er immer noch nicht.

2. TTIP und CETA: Mehr als Freihandelsabkommen:

Doch was hat das alles mit den aktuell zu verhandelnden Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu tun?

TTIP, CETA und auch das Dienstleistungsabkommen TiSA sind weitaus mehr als nur Freihandelsabkommen.

Hier geht es um mehr, als nur die Abschaffung von Zöllen, wie es bei sonstigen Freihandelsabkommen der Fall ist.

Hier haben wir es ganz klar mit der Schaffung eines großen europäisch-nordamerikanischen Binnenmarktes, bzw. internationalen gemeinsamen Marktes für Dienstleistungen zu tun.

Es geht also um wegweisende Veränderungen, bei denen wir alle ein entscheidendes Wörtchen mitreden sollten, weil sie unser aller Alltag maßgeblich beeinflussen werden.

Es soll also ein ähnlicher Binnenmarkt geschaffen, der nicht durch jahrelange, offen geführte Debatten um Pro und Contra entstehen soll, sondern durch größtenteils geheime Verhandlungen, bei denen das Resultat lediglich angenommen oder abgelehnt werden kann.

3. Die Gefahren von TTIP und CETA – Transparenz:

Warum stellt TTIP in meinen Augen eher eine Gefahr als eine Chance dar?

1. Kein Wachstum durch TTIP

Die optimistischsten Studien sehen ein Wachstum des BIP um 0,5 Prozent innerhalb von 12 Jahren voraus. Im Klartext: durch TTIP wird die europäische Wirtschaft nicht wachsen.

Dies bedeutet: Einige wenige werden profitieren, andere werden durch TTIP Marktanteile verlieren oder vom Markt verdrängt, sprich Arbeitsplätze werden vernichtet.

Ich stelle in jeder TTIP Veranstaltung die Frage, in welchen Sektoren, bei welchen Unternehmen es zu Arbeitsplatzverlusten kommen wird. Die TTIP-Befürworter haben mir – wie auch hier bei den Anhörungen im PDG – darauf keine Antwort geben wollen. Dies lässt tief blicken.

2. Europa wird in der globalisierten Welt abgehängt

Die EU war lange Zeit in vielen Bereichen Vorreiter für hohe Standards. Das gilt u.a. für die Umwelt-, Verbraucher-, Lebensmittelsicherheits- und Sozialpolitik.

Die TTIP Befürworter behaupten, dass TTIP die einzige Möglichkeit sei, diese Standards weltweit zu definieren und somit ein wichtiger Marktplayer zu bleiben.

Ich befürchte eher genau das Gegenteil: Durch TTIP wird nicht Standard, was den Verbraucher schützt, sondern was der weltweiten Wirtschaft dient. Und dies sind selten hohe Standards.

Zudem ist es gefährlich, durch ein Abkommen mit den USA, mit dem die EU sowieso schon den stärksten Handel betreibt, Partner wie China, Russland oder den asiatisch-pazifischen Raum zu isolieren. Nicht bilateral, sondern multilateral muss der geopolitische Ansatz sein.

3. Fehlende Transparenz

Hinzu kommt, dass die Verhandlungen völlig intransparent geführt werden.

Wie ich eben sagte, ist der europäische Binnenmarkt nicht über Nacht entstanden. Er steht immer noch im Prozess demokratisch debattierter Anpassungen der jeweiligen nationalen Gesetzgebungen innerhalb der Europäischen Union.

Bei der anvisierten Freihandelszone mit den USA und Kanada werden wir völlig außen vor gelassen.

Und das kann nicht sein!

Das ist eine inakzeptable Tatsache, die auch nicht durch die vermeintliche Transparenzoffensive der Kommission wiedergutmacht wird.

Seit mehr als zwei Jahren wird verhandelt und heute warte ich immer noch darauf, dass mehr nach außen dringt.

Informationen werden bislang nur scheinbar und sehr widerwillig herausgegeben.

Ich vertrete den Standpunkt, dass wir das nicht akzeptieren dürfen – eine Auffassung die im Übrigen auch vom Präsidenten des deutschen Bundestages geteilt wird –, weil es nicht um Verhandlungen zwischen Unternehmen geht, sondern um Staaten, die auf demokratischen Prinzipien aufbauen.

Die öffentliche Sache ist also massiv betroffen.

In unser aller Namen wird verhandelt. Darum haben wir alle ein Recht auf ein Maximum an Transparenz.

Wer, wie ich, den abgeschotteten Leseraum des Parlaments des Öfteren betreten hat, der wird verstehen, dass ich diese Grundlagen nicht als erreicht bezeichnen kann.

Hier herrscht Misstrauen und das will ich nicht akzeptieren!

Wer nichts zu verbergen hat, kann auch offenlegen, was er verhandeln möchte.

Auch darum trete ich hier an dieser Stelle erneut für einen eindeutigen Stopp der Verhandlungen ein, damit endlich ein neues, transparent und demokratisch diskutiertes Mandat erarbeitet wird.

Wir brauchen echte Garantien, um unser demokratisches europäisches System der sozialen Marktwirtschaft zu schützen.

Und ja, ich bleibe bei dieser Maximalforderung.

4. Veränderung nur durch Druck möglich:

Denn deutliche Zeichen sind nötig!

Denn was wäre passiert, wenn zu dieser ganzen Entwicklung niemals jemand deutliche Worte riskiert und deutliche Zeichen gesetzt hätte?

Wenn es seitens der Zivilgesellschaft keine Proteste gegeben hätte und noch gäbe?

Hätte es irgendeine erleuchtende Auskunft gegeben?

Sicher nicht!

Die Verhandlungen wären unbehelligt und ohne unser Wissen über die Inhalte zu Ende geführt worden. Davon ist auszugehen. Und davon kündigt das bereits verhandelte CETA-Abkommen.

Durch den Einsatz – maßgeblich der Zivilbevölkerung – wurde erreicht, dass das Thema Freihandelsabkommen ein Forum bekommen hat.

Und das war gut so, denn heute stehen Ministerrat und Kommission unter einem viel größeren Druck, auf Forderungen aus der Gesellschaft einzugehen.

Darum halte ich es eben auch für wichtig, JETZT die Stimme zu erheben und nicht erst dann, wenn die Verhandlungen gelaufen sind.

Denn nach einem Abschluss der Verhandlungen wird es fast unmöglich sein, positive Veränderungen zu erzielen.

Das lehrt uns CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada.

Dieses ist abzulehnen, da all die Schreckensszenarien, die bei TTIP befürchtet werden, in ihm bereits fest verankert sind.

Aus diesem Grund plädiere ich nach wie vor für eine unmissverständliche, nicht verklausulierte Positionierung durch unser Parlament.

5. Bedingungen der Mehrheit nicht zielführend:

Der Vorschlag der Mehrheit ist in diesem Zusammenhang ganz einfach als nicht zielführend zu bezeichnen.

Anstelle eines unmissverständlichen Stopps der Verhandlungen wird lediglich eine Unterbrechung mit der Option auf Weiterführung gefordert, auch wenn diese Unterbrechung oder ein neues Mandat nicht erreicht werden.

Zudem ist von CETA keinerlei Rede. Und schließlich findet auch TiSA keine Erwähnung.

Schlüssige Argumente hierfür sind mir bis heute noch nicht zu Ohren gekommen.

Auch deshalb begegne ich dem Vorschlag der Mehrheit mit großer Skepsis und kann ihn nicht gutheißen.

Darüber hinaus lässt der Abänderungsvorschlag der Mehrheit viel zu viele Hintertürchen offen.

Gehen wir einmal auf einige der von der Mehrheit aufgestellten Bedingungen ein:

Dabei sollten wir als Maßgabe nehmen, dass wenn eine Bedingung nicht erfüllt sein sollte, die Mehrheit das Abkommen ablehnen wird.

In Punkt 1 und 2 fordert die Mehrheit u.a., dass Verbraucherschutzstandards und europäische Standards im Umwelt- und Arbeitsrecht geschützt werden müssen.

Dabei wissen wir jetzt schon, dass diese Bedingung in vielen Fällen bereits bei den aktuellen Verhandlungen verletzt wird.

Ein Beispiel sind die erlaubten Pestizidrückstände im Lebensmittelbereich:

Die EU besitzt einen der weltweit höchsten Schutzstandards bei Pestizidrückständen. Dementsprechend sind die Grenzwerte hierzulande sehr niedrig.

Es gibt auch internationale Grenzwerte, die von den Vereinten Nationen im Rahmen des Codex Alimentarius (CA) – einer Sammlung internationaler Normen für die

Lebensmittelsicherheit – festgelegt wurden, die durchschnittlich fünf Mal höher sind als die der EU.

Und dann haben wir die amerikanischen Grenzwerte, die nicht nur fast neun Mal höher als unsere sind, sondern oftmals auch die des Codex überschreiten.

Im TTIP-Verhandlungstext wird das Thema Pestizidrückstände im Kapitel über die so genannten gesundheitspolitischen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen geregelt werden.

Hinsichtlich der offensichtlichen Diskrepanz zwischen den europäischen und amerikanischen Grenzwerten schlagen die Verhandlungsführer nun vor, dass man sich in der Mitte trifft, und sich somit auf die internationalen Werte des Codex einigt, die, wie ich bereits sagte, fünf Mal höher sind als wir sie hierzulande anwenden.

Man setzt also ganz offensichtlich schon sehr tief an, was den Schutz der europäischen Standards angeht. Und das akzeptiere ich nicht!

Und das ist nur ein Beispiel.

Wie sieht es bei den anderen Bedingungen aus?

In der Bedingung 7 geht die Mehrheit auf das Recht nationaler und regionaler Behörden ein, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen demokratisch legitimierte Maßnahmen ergreifen zu dürfen.

Das bedeutet vereinfacht gesagt, dass es nationalen und regionalen Parlamenten auch in Zukunft ermöglicht sein soll, frei gesetzgeberisch tätig zu sein.

Den verfügbaren TTIP-Verhandlungstexten zufolge können wir auch hier jetzt schon eine Verletzung dieser Bedingung erkennen.

Dies geschieht nämlich durch die so genannte regulatorische Zusammenarbeit.

Vereinfacht ausgedrückt, sieht dieser Begriff vor, wie „unnötige“ Regulierungsunterschiede (wie z.B. unterschiedliche technische Testverfahren, aber auch divergierende Kennzeichnungsregeln von genetisch veränderten Lebensmitteln) zwischen beiden Vertragsparteien abgebaut werden können.

Die Parlamente dies- und jenseits des Atlantiks werden zwar weiterhin Gesetze verabschieden können – somit reicht es der Bedingung nach der Mehrheit wohl aus.

Aber, und das ist die Gefahr, bevor die eigentliche Gesetzgebungsprozedur startet, muss im Vorfeld – so ist der EU-Vorschlag zur regulatorischen Kooperation in TTIP zu interpretieren – überprüft werden, ob ein jeweiliger Gesetzesvorschlag keine möglichen negativen Auswirkungen auf den transatlantischen Handel haben könnte.

Diese verpflichtende Berücksichtigung könnte unter Umständen den gesetzgeberischen Handlungsspielraum schmälern, ja ihn sogar zunichtemachen.

Zum Beispiel würde der europäische Gesetzgeber dann doch nochmal darüber nachdenken, ob das vorgesehene Importverbot von Lebensmitteln, die von Klontieren stammen, unter Berücksichtigung des transatlantischen Handels nicht doch zu drastisch erscheint.

Und das, obwohl eine breite Mehrheit der Verbraucher in Europa gegen das Klonen ist und keine entsprechende Lebensmittel kaufen möchte.

In die gleiche Richtung gingen auch die Warnungen bei den Anhörungen bezüglich des kontroversen Investitionsschutzes.

Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich dabei um ein außerordentliches Streitbeilegungsverfahren, das es Investoren ermöglicht, Regierungen zu verklagen, wenn diese im Interesse ihrer Bürger handeln, dabei aber gewisse wirtschaftliche Interessen beschneiden.

Pia Eberhardt, Expertin für europäische Handels- und Investitionspolitik, legte ja eindrücklich im Ausschuss dar, dass hiervon – auch in reformiertem Gewand – große Gefahren ausgehen.

Die Bedingung der Mehrheit lasse dementsprechend zu viele Hintertürchen offen. Ich zitiere Pia Eberhardt:

„Sie räumen ausländischen Investoren mehr Rechte ein, als den Bürgern, die Sie gewählt haben.“

Ein klarer Satz und eine klare Aufforderung, die leider auch im zweiten Abänderungsvorschlag der Mehrheit keine Entsprechung fand.

Die bloße Ablehnung privatrechtlicher Schiedsgerichte – wie in den Bedingungen genannt – reicht nämlich nicht aus!

Die Kernprobleme dieser privilegierten Klagerechte haben nämlich, trotz jetziger Reform, nach wie vor Bestand.

Die grundlegende Frage der Legitimation einer neuen, außerordentlichen, und ausschließlich für ausländische Investoren vorgesehenen Gerichtsbarkeit bleibt unbeantwortet.

Darüber hinaus enthalten CETA und der scheinreformierte TTIP-Vorschlag weiterhin Rechte für ausländische Investoren, mit denen sie sofort vor einem besonderen Schiedsgericht so ziemlich jedes Gesetz, jedes Gerichtsurteil, jeden Verwaltungsakt angreifen können, die ihre Gewinne schmälern.

Hiesige Unternehmen, Verbraucher und Arbeitnehmer kommen wahrlich nicht in den Genuss einer solchen Begünstigung. Bestenfalls können sie „nur“ vor den ordentlichen Gerichten klagen.

Eine solche Form der Doppeljustiz ist in unseren Augen abzulehnen.

Schließlich bieten auf beiden Seiten des Atlantiks doch die jeweiligen ordentlichen Justizsysteme alle rechtlichen Garantien, die jedem potentiellen Kläger zustehen.

Die Bedingung der Mehrheit ist also viel zu weich.

Wie im Märchen der sieben Geißlein, wo der Wolf seine Pfote mit Mehl bestäubt, um ins Haus gelassen zu werden, scheint die Mehrheit bereit zu sein, auf die Täuschung der Reform beim Investitionsschutz reinzufallen.

Auch aus diesen Gründen bleibe ich dabei:

Wir dürfen nicht auf die weiße Pfote hereinfallen.

Die Sonderklagerechte bleiben eine Gefahr für öffentliche Haushalte, staatliche Regulierungen und die Demokratie.

Deshalb brauchen wir jetzt eine Vollbremsung bei den Verhandlungen.

Durch die Forderung eines Stopps der bislang völlig missgeleiteten Verhandlungen können wir ein Zeichen setzen.

Für Demokratie, für den Schutz unserer Standards und für faire Bedingungen.

Daher habe ich mit Nachdruck dafür geworben, unseren ursprünglichen Resolutionsvorschlag zu unterstützen.

Denn der so genannte Kompromissvorschlag der Mehrheit wird den hier oben genannten Befürchtungen einfach nicht gerecht.

Das haben uns die vielen Experten in den Anhörungen bestätigt.

Auch hier spielt das bereits verhandelte Abkommen mit Kanada, CETA, übrigens eine entscheidende Rolle. In CETA, dessen Thematisierung die Mehrheit scheut wie der Teufel das Weihwasser, sind die privaten Schiedsgerichte – sogar noch in alter Form – feste verankert.

Für die großen amerikanischen Konzerne ist es nach Inkrafttreten von CETA ein Leichtes, diese Schiedsgerichte über kanadische Tochterfirmen anzurufen. CETA ist diesbezüglich also alles andere als unwichtig. Hierzu aber kein Wort in dem jetzt vorliegenden Resolutionsvorschlag der Mehrheit.

6. Thematisierung und Diskussion im PDG:

Generell möchte ich noch anmerken, dass es sicherlich kein Fehler war, den genannten ursprünglichen Resolutionsvorschlag in diesem Hause einzureichen.

Es handelt sich um ein wichtiges Thema, das sehr viele Menschen in unserer Gemeinschaft beschäftigt.

Ohne unsere Initiative hätte sich das Parlament mit der Thematik wohl kaum mit derartiger Intensität befasst.

Auch wenn die Abgeordnete Klinkenberg in ihrem Interview mit dem GrenzEcho vom vergangenen Freitag betont, dass es Wichtigeres für uns geben sollte.

Gerade Frau Klinkenberg ist im Europa-Wahlkampf nicht müde geworden zu betonen, dass mehr europapolitische Debatten nach Eupen getragen werden müssten.

Wenn man aber genau dies tut, dann ist dies auch wieder falsch, weil es politisch nicht in den Kram passt.

Ganz generell bin ich doch über das Verhalten der Mehrheit überrascht.

Zunächst hieß es von Seiten des Ministerpräsidenten noch, dass man die Freihandelsabkommen TTIP und CETA „nicht einfach so durchwinken“ werde.

Dann stellt die Mehrheit Bedingungen auf, die teils schon mit Sicherheit nicht erfüllt sein werden und daher eigentlich einen STOPP nach sich ziehen müssten, und die teils Tür und Tor für Schiedsgerichte öffnen, um dem Vertrag dann nach Verhandlung aber noch gutheißen zu können.

Denn die Frage muss erlaubt sein: Wenn die Mehrheit jetzt schon nicht STOPP ruft, obwohl einige der neun Bedingungen nachweislich nicht erfüllt sind, wird sie es dann tun, wenn der Text ausgehandelt ist?

Zu guter Letzt kam die Mehrheit dann dazu – aufgrund massiven öffentlichen Drucks – eine Verhandlungsunterbrechung in den Text zu packen.

Diese „Verhandlungsunterbrechung“ führt den ersten Abänderungsantrag der Mehrheit selbst ad absurdum.

Vor einigen Wochen stellte die Mehrheit einen Verhandlungsstopp nämlich noch als absoluten Unsinn dar (vgl. GrenzEcho vom 30. September 2015, S. 5 - „Ein Abbruch macht keinen Sinn“).

Meine Damen und Herren,

Das ist alles nicht sehr glaubwürdig!

Kann das Parlament noch ernsthaft erwarten, dass die Mehrheit glaubhaft in Brüssel beim Rat oder der Föderalregierung für einen Verhandlungsstopp eintritt, den sie selbst im Grunde für Unfug hält und hinter dem sie offensichtlich nicht steht, und dies auch offen kundtut?

Wie gesagt, ist das mehr als fragwürdig, denn noch am Freitag erklärt die Abgeordnete Klinkenberg im GrenzEcho, dass die Forderung nach einem Verhandlungsstopp „keinerlei Erfolg verspricht“.

Hier stellt sich schon die Frage: Wofür tritt die Mehrheit denn jetzt schlussendlich ein?

Die Regierung und Mehrheit schwenkt hin und her, einmal dies, einmal das.

Heute stimmt dies, morgen ist das Gegenteil wahr.

Wir sind aber der Meinung, dass es „Ein bisschen schwanger“ in dieser Frage nicht geben kann!

Entweder fordert man einen ausdrücklichen Stopp der Verhandlungen, oder nicht.

Im vorliegenden Text ist von einer Unterbrechung die Rede. Das Hintertürchen, die Verhandlungen weiterzuführen, wenn keine Unterbrechung und kein neues Mandat erreicht werden, bleibt aber weit offen, indem der Textvorschlag der Mehrheit eine Fortführung der Verhandlungen ohne Verhandlungsstopp explizit vorsieht.

Entweder man spricht sich eindeutig gegen CETA und TiSA aus, oder nicht.

Etwas ausdrücklich nicht erwähnen zu wollen, bedeutet ja auch schon einiges.

Es bleibt uns schleierhaft weshalb die Regierung und Mehrheit sich derart dagegen strebt, die Abkommen CETA und TiSA in den Resolutionstext aufzunehmen.

CETA steht doch für all das, was selbst die Mehrheit vorgibt abzulehnen – ISDS, Standardsenkungen, etc.

Aber im Grunde hat der Ministerpräsident diese Frage schon selbst beantwortet, indem er sagte, dass – und ich zitiere aus dem Ausschussbericht – *„die Entscheidung der DG über ein Nein zu CETA nicht als einzige dazu führe, dass CETA weltweit nicht in Kraft treten könne“*. Diese Entscheidung wird für die DG dementsprechend also an anderer Stelle getroffen.

Das spricht nicht dafür, dass er das bei TTIP anders sehen würde, und dem Druck nachgibt, wenn alle anderen auch dafür stimmen.

Auch hier sucht man den Weg des geringsten Widerstands.

7. Klare Positionierung statt unzählige Hintertürchen:

Ich werbe aber nach wie vor für eine unmissverständliche Positionierung, die klar zum Ausdruck bringt, dass wir mit der Art und Weise, wie es aktuell läuft, ganz einfach nicht einverstanden sein können.

Eine klare Positionierung statt unzähliger Hintertürchen also.

Denn der nun vorliegende Textvorschlag der Mehrheit und unsere Fassung sind eben nicht derselbe Text, auch wenn die Mehrheit gerne den Eindruck erwecken möchte.

Wir verlangen unmissverständlich einen Stopp der Verhandlungen, um ein neues Verhandlungsmandat zu erarbeiten.

Dieser Stopp beinhaltet, dass die Verhandlungen NICHT weitergeführt werden sollen, wenn kein neues, klar definiertes und demokratisch legitimes Mandat erreicht wird.

Genauso, wie ich im Europaparlament gegen die dementsprechende, viel zu unverbindliche Resolution gestimmt habe, genau so stehe ich heute hier hinter der Forderung nach einem Verhandlungsstopp, um endlich demokratisch gefasste Grenzen für die Verhandlungen zu definieren.

Das aktuelle Verhandlungsmandat erlaubt nämlich alles und nichts, ist juristischer Kaugummi.

Ich stehe zu dieser Meinung bereits seit einiger Zeit, auch wenn es einige gibt, auch in meiner Fraktion im Europaparlament, die anderer Meinung sind.

Ich hatte eine unmissverständliche Meinung, ich habe diese Meinung und werde diese Meinung morgen noch haben.

Und das hat bestimmt nichts mit Show oder Profilierungssucht zu tun, werte Kollegen der Mehrheit, sondern mit Standhaftigkeit.

Ich bin jedenfalls der Meinung, dass wir einen schlechten Kompromissvorschlag nicht einfach nur des Kompromisses wegen annehmen müssen, auch wenn wir nicht dahinterstehen können.

Denn darunter versteht man den berühmten Kuhhandel.

Einen wirklich einleuchtenden inhaltlichen und ehrlich gemeinten Grund für die Ablehnung unseres ursprünglichen Resolutionsvorschlages habe ich – wie bereits gesagt – bis heute nicht gehört.

Und das sehen die übrigen Oppositionsfraktionen offenbar genauso.

Meine Damen und Herren,

Auch wenn wir eine kleine Gemeinschaft sind.

Niemand sollte uns verbieten dürfen, unsere Stimme zu erheben und eine unmissverständliche Meinung kundzutun. Das haben übrigens auch viele Gemeinden und auch die Wallonische Region bereits getan.

Daher ein klares Stopp der TTIP- und TiSA-Verhandlungen und ein klares Nein zu CETA!

Diese Forderungen kann der Textvorschlag der Mehrheit nicht glaubhaft mittragen, weil:

1. mehrere Bedingungen der Mehrheit in Bezug auf TTIP jetzt schon als verletzt angesehen werden müssen;
2. der Resolutionstext der Mehrheit eine Unterbrechung nennt, der Text eine Fortführung der Verhandlungen jedoch explizit vorsieht;
3. der Text der Mehrheit die Gefahr mit sich bringt, eine neue Art von Paralleljustiz zu akzeptieren;
4. die Mehrheit die Meinung vertritt, dass man CETA in seiner jetzigen Form nicht ablehnen könne, wenn es durch alle anderen angenommen wird.

8. Europäischen Binnenmarkt perfektionieren:

Letztlich bleibe ich also dabei:

Wir sollten uns als Europäische Union durch diese schlecht vorbereiteten Verhandlungen nicht in ein Abenteuer stürzen, dessen Folgen wir nicht abschätzen können.

Und hier schließt sich der Kreis zum Beginn meiner Stellungnahme.

Ich plädiere dafür, dass wir die nötige Energie in unseren eigenen Binnenmarkt stecken, denn dieser funktioniert auch nach 22 Jahren immer noch nicht perfekt.

Dass dieser heterogene, immer noch in vielen Angelegenheiten zerstückelte europäische Markt in Konkurrenz zu dem sehr gut geölten amerikanischen Markt **den Kürzeren ziehen wird**, wenn die Verhandlungen weiterhin auf diese unbedarfte Art und Weise geführt werden, ist die große Gefahr.

Da halte ich es mit dem belgischen Wirtschaftsprofessor Pierre Defraigne, der übrigens Generaldirektor der Generaldirektion Handel der Kommission war, der Behörde die heute über TTIP verhandelt.

Ihn haben wir hier ja ebenfalls angehört.

Er sagte in Bezug auf die nordamerikanischen Freihandelsabkommen und die Zukunft Europas:

„Ja, Europa kann es besser als dieses TTIP, das nichts anderes ist als eine Flucht in den Nebel.“

Und die Fahrt in den Nebel ist bekanntlich gefährlich, wenn man den Weg vorher nicht genauestens gemeinsam abgesteckt hat.

Deshalb sollten wir besser früher als später die Notbremse ziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!